

MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN

Eing.: 28. MRZ. 2008

PGL-1396-2008/0001-KGR/LAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat



DIE GRÜNEN

70 AN

BESCHLUSS (RESOLUTIONS-) ANTRAG

der Landtagsabgeordneten Ingrid Puller und Mag.^a Alev Korun (GRÜNE)
eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 28.3.2008
zu Post 1 der heutigen Tagesordnung
**betreffend Anspruch für Väter auf Dienstfreistellung anlässlich der Geburt
eines Kindes („Papa-Monat“)**

BEGRÜNDUNG

Die Inanspruchnahme von Elternkarenz erfolgt in der Gemeinde Wien zu 99 % durch Frauen – erst 1 % der Männer nehmen diese Möglichkeit in Anspruch.

Bislang wirken sich Erwerbsunterbrechung und reduzierte Arbeitszeit aufgrund von Betreuungsarbeit negativ auf Frauen hinsichtlich Karrierechancen, Repräsentanz in Führungsfunktionen, Einkommen, Pension, Arbeitslosengeld etc. aus. Zudem fördern sie die asymmetrische Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern. Die ungleiche Einkommenssituation zwischen Frauen und Männern wird gleichzeitig immer wieder als ökonomisches Argument angeführt, warum Männer kaum Elternkarenz und Elternteilzeit in Anspruch nehmen. Der Handlungsbedarf liegt zum einen in der Förderung der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern und zum anderen in der Umverteilung gesellschaftlicher Verantwortung für Kinderbetreuung bzw. in der Schaffung der dafür notwendigen Rahmenbedingungen.

Die Absenz der Väter in der Kinderbetreuung wird seit Jahren kritisch diskutiert. Mittlerweile ist es unbestritten, dass Väter für die Entwicklung von Kindern von Anfang an wichtig sind. Vätern sollte die Chance zum Einstieg in eine dauerhafte Verantwortung für ihr Kind durch möglichst frühe Einbindung in die Betreuung erleichtert werden. Eine Möglichkeit dazu ist das sog. „Papa-Monat“, das Vätern einen Anspruch auf (bezahlte) Dienstfreistellung anlässlich der Geburt eines Kindes gibt und damit parallel mit der (der Mutterschutzregelung unterliegenden) Mutter ermöglicht, in den ersten Wochen nach der Geburt eine enge Bindung zum Kind aufzubauen.

Auf Bundesebene wird die Einführung einer solchen Maßnahme zur Stärkung der Väterbeteiligung und zur Forcierung der partnerschaftlichen Gestaltung unbezahlter Arbeit zu Hause derzeit diskutiert. In Diskussion sind 800 € Mindestunterstützung für Jungväter während des „Papa-Monats“. Die Stadt Wien als eine der größten ArbeitgeberInnen mit rund 65.000 MitarbeiterInnen sollte als Vorreiterin tätig werden und für die öffentlich Bediensteten so rasch als möglich die Rahmenbedingungen für die Inanspruchnahme eines „Papa-Monats“ schaffen.

Die unterzeichnenden Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

Das zuständige Mitglied der Wiener Landesregierung möge einen Gesetzesentwurf erarbeiten, mit dem ein Anspruch für Väter auf Dienstfreistellung anlässlich der Geburt eines Kindes (Einführung eines sog. „Papa-Monats“) im Wiener Dienstrecht verankert wird.

In formeller Hinsicht beantragen wir die Zuweisung dieses Antrags an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal.

Wien, am 28.3.2008

